



## Update 5/2018

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,**

die vergangenen Wochen standen für mich ganz im Zeichen der Grundsteuer. Die Grundsteuer ist für die Kommunen eine der wichtigsten Finanzquellen. Nun hat das Bundesverfassungsgericht in der vergangenen Woche die Bemessung der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt. Als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion und kommunalpolitischer Sprecher sehe ich es als meine vordringlichste Aufgabe an, das Aufkommen der Grundsteuer für die Kommunen zu sichern.

Aber auch darüber hinaus steht der Bundestag nicht still. So haben wir diese Woche durchgesetzt, dass es einen neuen Bundestagsausschuss für **Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** geben wird, analog zum neuen Riesen-Ministerium von Heimat-Minister Seehofer. Für einen regulären Kommunalausschuss hat die SPD lange gekämpft. Ich freue mich sehr, dass es nun endlich gelungen ist, ihn zu erstreiten!

### Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsteuer

Am 10. April hat das Bundesverfassungsgericht über die Grundsteuer geurteilt. Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion habe ich an der Urteilsverkündung in Karlsruhe teilgenommen. Erwartungsgemäß hat das Verfassungsgericht die Regelungen zur Bemessung der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt: Die Berechnung der Grundsteuer beruht auf völlig veralteten

Werten, die mit den heutigen Wertverhältnissen nichts mehr zu tun haben. Die Folge: Die einen zahlen heute zu viel Grundsteuer, die anderen zu wenig. Das ist ungerecht – so sieht das auch das Gericht – und deshalb werden wir die Grundsteuer reformieren. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, muss eine Reform nun umgehend in Angriff genommen werden.



*Mit Christine Lambrecht, unserer Parlamentarischen Staatssekretärin für Finanzen, am 10. April vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.*

Das Verfassungsgericht hat als Frist vorgegeben, dass bis spätestens Ende 2019 ein neues Gesetz verabschiedet sein muss. Danach ist bis Ende 2024 Zeit, bis die neuen Regeln erstmals angewendet werden müssen. Damit liegt der Ball jetzt im Feld von Bund und Ländern. Finden wir keine gemeinsame Lösung, so würde die Grundsteuer wegfallen – das können wir uns keinesfalls leisten, denn die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Städte und Gemeinden in Deutschland. Am Tag nach dem Urteil habe ich ein Treffen mit den SPD-Finanzministerinnen und -ministern

der Länder organisiert, um die Haltung der SPD abzustimmen.

Unser wichtigstes Ziel: wir wollen bei einer Reform das bisherige Steueraufkommen für die Kommunen sichern. Das bedeutet, dass es weder um Steuererhöhungen noch um Steuersenkungen geht – unter dem Strich soll das Aufkommen gleich bleiben. Allerdings wollen wir die Steuerlast, im Sinne des Bundesverfassungsgerichts, gerecht zwischen den einzelnen Steuerzahlern verteilen. Über die jeweilige Höhe der Grundsteuer wird, wie auch heute schon, am Ende die jeweilige Kommune vor Ort per Hebesatz selber entscheiden.

Wir gehen nun in die Beratungen mit den Ländern und mit der Union. Insbesondere die CSU hatte sich bei einer Reform in der Vergangenheit quer gestellt. Das muss nun ein Ende haben.

### Rede zur Grunderwerbsteuer im Bundestag

Am Freitag habe ich im Plenum des Deutschen Bundestags eine Rede zur Grunderwerbsteuer gehalten. Seit 2006 kann jedes Bundesland die Höhe der Grunderwerbsteuer selber festlegen; seither haben fast alle Bundesländer die Steuersätze erhöht, teilweise kräftig. Unter der schwarz-gelben Landesregierung liegt der Satz in Nordrhein-Westfalen aktuell bei 6,5 Prozent – in keinem Land ist er höher.



Rede zur Grunderwerbsteuer am 20. April im Deutschen Bundestag.

Die FDP bemängelt nun, dass diese Kosten insbesondere junge Familien daran hindern würden, Wohneigentum zu erwerben. Darum fordert die FDP, den Ländern zu ermöglichen, Freibeträge für die Grunderwerbsteuer einzuräumen. Das klingt zwar gut, in der Praxis wäre ein solcher Freibetrag aber mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden: Die Finanzämter müssten bei jedem Kauf prüfen, zu welchem Zweck die Immobilie erworben wird und wie sie genutzt wird. Es wäre ein deutschlandweites Zentralregister notwendig, in

das alle privaten Hauskäufe lebenslang eingetragen werden müssten.

Wir glauben darum, dass wir bessere Wege finden müssen, jungen Familien den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern. Naheliegender wäre es, wenn die FDP, in den Ländern, in denen sie mitregiert, den Steuersatz verringern würde.

Wichtiger ist es aus meiner Sicht, dass wir uns insbesondere um das Problem der steigenden Mieten kümmern. Gerade in Ballungsräumen und Großstädten können sich normale Familien kaum noch Wohnungen in zentraler Lage leisten. Hier müssen und werden wir Geld in die Hand nehmen.

### Praktikantin aus Belarus in meinem Büro



Mit Alexandra in meinem Berliner Büro.

Derzeit unterstützt mich Alexandra Boguslawskaja in Rahmen Ihres Internationalen Parlaments-Stipendium. Die 21-jährige Belarussin hat einen Bachelor in Jura und arbeitet als politische Journalistin. In meinem Büro ist Alexandra für 3 Monate, um die Arbeit des Bundestages von innen kennenzulernen. Alexandra hilft mir nicht nur mit den üblichen Bürotätigkeiten wie Themenrecherche oder Postverkehr, sondern auch begleitet mich zu Terminen und in die Sitzungen des Finanzausschusses. Im Mai wird sie auch den Kreis Warendorf kennenlernen und mich in meiner Heimat zu Terminen begleiten.

### Weitere Eskalation in Syrien verhindern, diplomatische Anstrengungen verstärken

Das Morden und Sterben in Syrien kann nicht militärisch, sondern nur diplomatisch beendet werden – unter dem Dach der Vereinten Nationen. Nach dem begrenzten Angriff auf mutmaßliche Einrichtungen des syrischen Chemiewaffenprogramms muss es deswegen jetzt vor allem darum gehen, weitere Eskalationen im Syrienkrieg zu vermeiden. Es müssen endlich abgestimmte und gemeinsame diplomatische Schritte unter dem Dach der Vereinten Nationen folgen.

Ich begrüße deswegen, dass unser Außenminister Heiko Maas hier zusammen mit seinem französischen Kollegen initiativ werden will. Oberste Priorität muss dabei zunächst die Durchsetzung einer Waffenruhe haben. Die Menschen vor Ort und in der Region brauchen dringend humanitäre Hilfe und medizinische Versorgung. Hierzu sind ein Waffenstillstand und freie Korridore zu den teils eingeschlossenen Menschen dringend notwendig. Um über eine Waffenruhe hinaus eine friedliche Lösung des Konfliktes voranzubringen, müssen vor allem die dafür vorgesehenen Organe und Instrumente der Vereinten Nationen gestärkt werden.

Deutschland hat von Anfang an den UN-Prozess zur Beendigung des Syrienkrieges und zur humanitären Hilfe politisch, finanziell und personell unterstützt. Eine politische Lösung ist nur mit Russland möglich. Wir müssen mit unseren Partnern und auch bilateral weiterhin das Gespräch mit Russland suchen.

**Zu guter Letzt: Fragen, Anregungen, Kritik?**

**Meldet euch, ihr wisst, wie es geht.**

Euer

